

Haushaltsrede der AfD für das Jahr 2026

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Walther,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderates,
liebe Bürger, liebe Pressevertreter,

es ist nun bereits das zweite Mal, dass wir uns als AfD-Gruppierung in die Aufstellung des Haushaltsplans einbringen durften. Wir sind uns der Herausforderungen bei der Ausarbeitung des neuen Haushaltsplans sehr wohl bewusst und bedanken uns bei allen beteiligten Mitarbeitern der Verwaltung für den enormen Aufwand zur rechtzeitigen Aufstellung des Haushaltsplans sowie bei allen Gemeinderäten für Ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Unsererseits versichern wir, dass wir bei der Einschätzung des vorliegenden Ergebnisses alle relevanten Themenfelder, die für das Leben und Wirken in unserer Gemeinde von Bedeutung sind, im Blick hatten: Bauliche Ortsentwicklung, Verkehrsentwicklung, Bildung und Betreuung, Kultur, Freizeit, Sport, usw.

Rückblickend haben wir viele der Vorhaben, die 2025 mit tatkräftiger Begleitung des gesamten Verwaltungspersonals umgesetzt wurden, ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Vieles ist gut gelungen, womit wir zufrieden sein können. Die Kindertagesstätte Finkenweg steht kurz vor der Fertigstellung, der Aufstellungsbeschluss für die Entwicklung des Honeywell-Areals wurde verabschiedet, der Jugendgemeinderat wurde etabliert und wir haben ein sehr gelungenes Jubiläumsjahr erlebt, um nur einige zu nennen.

Unsere Begründung, warum wir dem Haushaltsplan zum zweiten Mal in Folge nicht zustimmen können, ist ähnlich wie beim letzten Haushaltsbeschluss. Das negative Gesamtergebnis von -4,4 Millionen Euro liegt nur geringfügig unter dem Negativrekord von 2025. Zudem ist die Kreditaufnahme aus unserer Sicht mit 4,5 Millionen Euro erneut zu hoch angesetzt. Dass die Schulden mit 13,3 Millionen Ende 2026 nur geringfügig höher sein werden als Ende 2025, ist wenig tröstlich. Es gibt keine belastbare Antwort darauf, wie diese Schulden jemals beglichen werden sollen. Das „Prinzip Hoffnung“ allein reicht uns nicht. Es hätte auch einen anderen Weg gegeben, wenn man den Handlungsspielraum, den man immer hat, besser genutzt hätte.

Unser Vorschlag die Kreditaufnahme für 2026 von 4,5 auf 3 Millionen Euro zu begrenzen, basiert auch auf den Erfahrungen des letzten Jahres. Damals waren 9 Millionen Euro veranschlagt worden. Tatsächlich wurden dann nur 5,5 Millionen Euro benötigt, was wir begrüßen. Dies zeugt jedoch von keiner guten Planungsgenauigkeit, wenn man bedenkt, dass es sich um eine Abweichung von 39 % handelt. Wir sollten zu einer nüchternen Analyse zurückkehren und nur die Vorhaben angehen, die wir realistischerweise, auch entsprechend unseren personellen Kapazitäten, umsetzen können.

Wir von der AfD-Gruppierung stellen uns jeder Diskussion, aber nur im richtigen Format! An der Vorberatung im Finanzausschuss am 10. Februar haben wir uns gerne beteiligt und uns mit konkreten Vorschlägen eingebracht, nicht aber an der gemeinsamen zweitägigen Klausur von Verwaltung und Gemeinderat. Angesichts der aktuellen Haushaltslage hätte man den Weg gezielter Nachmittagsworkshops zur Haushaltskonsolidierung wählen sollen.

Die von uns in der Vorberatung eingebrachten Vorschläge zur Kostensenkung, zum Streichen, Verschieben oder „Strecken“ von Vorhaben wurden als nicht akzeptabel oder zu wenig konkret eingestuft. Der Begründung der Verwaltung können wir nicht folgen.

Gemeinderäte:

Volkmar Kirres: volkmar.kirres@afd-bw.de
Roland Wörn: mail@rolandwoern.de

Offensichtlich ist der Kostendruck noch nicht hoch genug, um auf unsere Vorschläge einzugehen und die Kreditaufnahme (d. h. implizit auch die Schulden) um 1,5 Millionen Euro zu senken. Unsere Vorschläge können in den Sitzungsunterlagen der Vorberatungen im Finanzausschuss vom 10. Februar 2026 nachgelesen werden.

Ferner wurden von den zehn von uns bisher im Gemeinderat eingebrachten Anträgen entsprechend Beschlussvorschlag der Verwaltung alle abgelehnt, mit Ausnahme eines Auskunftsantrags bezüglich der Personalentwicklung. Da kann man schon auf die Idee kommen, zu glauben, dass dieses mit der selbstaufgelegten „Brandmauer“ gegen die AfD zu tun haben könnte. Sollte dem so sein, rufen wir dringend dazu auf, von einer solchen Vorgehensweise abzusehen, da sich diese als historischer Fehler herausstellen wird. Gleichwohl werden wir uns weiterhin konsequent einbringen. Auch wenn unsere Anträge zunächst abgelehnt werden, erkennen wir durchaus Elemente, die aufgegriffen und sinngemäß umgesetzt werden.

Sechs unserer bisherigen zehn Anträge sind haushaltsrelevant. Es geht dabei sowohl um Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen (z. B. gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen) als auch um eine verstärkte Kostenkontrolle (z. B. Kostendeckelung in diversen Bereichen).

Gerne möchte ich erwähnen, dass uns auch die Förderung der Prinzipien direkter Demokratie auf lokaler Ebene wichtig ist. Hierzu haben wir drei Anträge gestellt: Eine monatliche Bürgerfragestunde, eine jährliche Einwohnerversammlung und Leserzuschriften im Mitteilungsblatt. Wie schon erwähnt, wurden alle abgelehnt. In diesem Zusammenhang bedauern wir auch die Einschränkungen von Publikationen für Organisationen und Vereine im Mitteilungsblatt durch ein verschärftes Redaktionsstatut sehr.

Inakzeptabel ist in Zeiten knapper Kassen der Aufbau von Überkapazitäten, z.B. bei Kindertagesstätten. Spät, auch auf unsere Einlassung hin, hat man hier die nötigen Korrekturen vorgenommen. Einige der entstandenen Planungskosten hätten vermieden werden können. Das bedeutet für uns im Umkehrschluss, dass im Vorfeld jedes Projekts der aktuelle Bedarf genauestens geprüft werden muss, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Die Art und Weise wie in Deutschland generell Klimaschutz betrieben wird, darf kein Vorbild für unsere Gemeinde sein. Sie ruiniert unsere Bürger und Wirtschaft und steht in vielen Fällen im Widerspruch zu Umwelt- und Gesundheitsschutz. In diesem Zusammenhang sehen wir auch keinen Bedarf hier auf lokaler Ebene einen Klimaschutzmanager zu beschäftigen – selbst unter der Prämisse, dass die Stelle zu einem hohen Anteil über Fördermittel finanziert wird. Klimaschutzmaßnahmen müssen entsprechend der Gesetzeslage innerhalb unserer Projekte vom Planer sichergestellt werden. Das Fördermittel-Management sollte von Bauamt bzw. Verwaltung geleistet werden. Zu Fördermitteln ist generell zu sagen, dass es sich hierbei natürlich um unsere Steuergelder handelt, deren Einsatz mit Bedacht erfolgen muss – unabhängig vom gerade herrschenden Zeitgeist.

Bei den Maßnahmen der anstehenden Wärmeplanung plädieren wir dafür, einen größtmöglichen Investitionsschutz für unsere Bürgerinnen und Bürger in Schönaich anzustreben. Bei den aktuellen Teuerungsraten werden viele Bürger kaum oder wenig Spielraum haben, größere Investitionen für die Umstellung ihrer Energieversorgung zu tätigen und das vor allem auch nicht einsehen, wenn die Anlagen funktionsfähig bzw.

Gemeinderäte:

Volkmar Kirres: volkmar.kirres@afd-bw.de

Roland Wörn: mail@rolandwoern.de

neueren Datums sind. Mit anderen Worten: vielen Bürgern droht die „kalte Enteignung“. Unser Änderungsantrag bei der Verabschiedung der Wärmeplanung im Gemeinderat den Anschlusszwang für Maßnahmen der Solarthermie und Erdwärmekollektoren auszuschließen, wurde leider abgelehnt, obwohl Versorger meist auf Anschlusszwang bestehen.

Nach mehreren Jahren mit einem erheblichen Anstieg der Personaldecke und der Personalaufwendungen wird für das Jahr 2026 mit einer Senkung der Personalaufwendungen um 110.000 Euro gerechnet, um gleich in den Folgejahren wieder anzusteigen. Eine Kostendeckelung über mehrere Jahre im Sinne des von uns eingebrachten Antrags wäre erforderlich gewesen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben verstärkt Leistungen von Planungs- und Beratungsbüros in Anspruch genommen werden, wodurch ein weiterer Kostentreiber geschaffen wird. Vor dem Hintergrund, dass fast alle Planstellen besetzt sind, wundert uns diese Vorgehensweise. Es gibt Beispiele aus den Nachbargemeinden, in denen Gewerbegebietskonzeption und Wärmeplanung beispielsweise weitestgehend aus eigener Kraft durchgeführt wurden.

Erfreulich ist die Tatsache, dass mit einem Anstieg der Gewerbesteuer von etwa 1,2 Millionen Euro gerechnet wird. Trotzdem halten wir die Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes im letztem Jahr immer noch für einen Fehler, da diese Anhebung eine Neuansiedlung von Unternehmen in Schönaich eher unwahrscheinlich macht. Mit einem Hebesatz von 390 % nehmen wir einen „Spitzenplatz“ ein und liegen um 20–40 Punkte höher als Nachbargemeinden, obwohl wir keine besonderen Standortvorteile (wie einen Autobahnanschluss) haben. Die jetzt geplante Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B lehnen wir ab, da wir sie als ungeeignete Maßnahme der Haushaltskonsolidierung betrachten. Ganz allgemein ist von Steuererhöhungen – gerade in Zeiten von Rezession bzw. schwachem Wachstum – dringend abzuraten.

Zum Schluss möchten wir noch einige Danksagungen aussprechen. Wir schätzen die Qualität der von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Sitzungsvorlagen sehr. Nachfragen werden in den Gemeinderatssitzungen oft „ad hoc“ und stets kompetent beantwortet. Wir bedanken uns auch bei allen Gemeinderäten, die an sachlichen Gesprächen mit uns interessiert sind. Als sehr wertvoll erachten wir die Anfragen und Anmerkungen, die seitens interessierter Bürger an uns herangetragen werden. Wir werden weiterhin alle Anliegen, die im Gemeinderat geklärt werden können, sehr gerne einbringen.

Mut war das Stichwort beim Neujahrsempfang am 25. Januar. Wir wünschen uns allen den Mut, bei der Umsetzung des Haushaltsplans 2026 die nötigen Kurskorrekturen vorzunehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die AfD-Gruppierung
Volkmar Kirres, Gruppensprecher

Schönaich, 24. Februar 2026